



Wahlprogramm 2023

Präambel

Der am 31. Januar 2021 gegründete Landesverband Bremen der Partei dieBasis behauptet seit dem Bundestagswahlkampf 2021 seinen Platz als demokratische Oppositionspartei im Land Bremen. Der nächste folgerichtige Schritt ist die politische Mitwirkung und Beteiligung bei den Landtags- und Kommunalwahlen im Land Bremen im Mai 2023.

Unsere wichtigsten Kernanliegen – unsere drei Alleinstellungsmerkmale gegenüber allen anderen Parteien – sind:

- die Stärkung direktdemokratischer Entscheidungsbefugnisse der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen,
- die Versachlichung der gesellschaftlichen Debatte um die Pandemiepolitik sowie eine umfassende Aufarbeitung der Auswirkungen der Coronamaßnahmen auf allen gesellschaftlichen Ebenen,
- der konsequente Einsatz für eine friedliche Welt ohne Waffen und ohne Wirtschaftskriege – für Blockfreiheit und Wirtschaftskooperation zum allseitigen Vorteil mit allen Ländern der Welt.

Bei politischen Maßnahmen und Verordnungen sollte der Fokus auf dem Wohlergehen der Bürger liegen. Seit Jahren erleben wir jedoch stattdessen eine ausufernde Kontrolle der Bürger, deren Absicht es zu sein scheint, die Macht einer globalistischen Klasse von Superreichen und ihrer Konzerne weiter auszubauen und abzusichern.

Dazu gehören die großen digital-technologischen Konzerne, Presse- und Medienkonzerne, Pharmakonzerne, Kapitalsammelstellen und Finanzkonzerne sowie rüstungsindustriellen Konzerne. Diese agieren über supranationale Institutionen und Think-Tanks und wirken immer totalitärer über manipulatives Meinungsmanagement, „global governance“, internationale Organisationen und Korruption auf die Regierungstätigkeit ein.

Anstelle dieser globalistischen Vision eines „New Normal“ mit Hilfe eines sogenannten Neustarts („Reset“) von oben vertritt die Partei dieBasis die Idee der demokratischen Erneuerung von unten.

Arbeiter, Angestellte, Selbständige und Unternehmer ebenso wie Rentner, Studenten und Menschen ohne eigenes Einkommen – wir sind eine pluralistische Partei, hervorgegangen aus

einer breiten Bürgerbewegung. Unsere Partei spricht Menschen unterschiedlicher Schichten, Herkunft und Kulturen an. All diese Menschen verbindet das Interesse an nationaler Souveränität, einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat, an sozialer Gerechtigkeit und einer friedlichen Welt. Wir bringen – milieu-übergreifend und bisherige Parteikonzepte überwindend – verschiedene oppositionelle Netzwerke im Land Bremen zusammen und fördern ihre Vertretung auf allen landes- und kommunalpolitischen Ebenen.

Gleichzeitig setzen wir uns auf allen Ebenen der Politik für direktdemokratische Entscheidungsbefugnisse der Bürgerinnen und Bürger ein. Im Sinne einer Ausweitung der Volksgesetzgebungskompetenz stellen wir dem Parlament direktdemokratische Entscheidungsstrukturen als Mitgesetzgeber zur Seite. Elemente einer solchen Volksgesetzgebungskompetenz sind: direkte Wahl von Amtsträgern, Volksabstimmungen, direkte Einflussnahme auf Haushaltsabstimmungen und alle Abstimmungen in der Bremischen Bürgerschaft sowie das Recht des Souveräns, jederzeit eine Landesregierung, ein Kabinett oder Teile davon abzuwählen.

Da wir als Partei die Basis die Selbstermächtigung der Bürger im Sinne der Direkten Demokratie vertreten, liegt es uns fern, ein „fertiges“ und bis in kleinste Detail ausgearbeitetes Landesprogramm zu präsentieren. Vielmehr haben wir in vielen Arbeitsgruppen und lebhaften Debatten in Vollversammlungen gemeinsame Ziele und Forderungen erarbeitet („konsensiert“), die wir im Folgenden vorstellen möchten.

1

Medien

Voraussetzung für politische Entscheidungen durch die Bürger sind umfassende und ausgewogene Informationen und ein offener Debattenraum. Daher sind die Medien, und hier vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk, zu demokratisieren.

Kernpunkte unserer langfristigen Vision sind:

- Verpflichtung von Presse und Rundfunk zu Vielfalt, Sachlichkeit und einer offenen Debatte-
tenkultur,
- argumentative und sachbezogene Diskussion abweichender Meinungen anstelle von Aus-
grenzung und Diffamierung derselben,
- Garantie des freien Wortes durch einen direkt von den Bürgern gewählten Pressrat, hier-
durch auch Schutz vor Zensur.

Da die aktuelle Konzentration von Presse und Medien in der Hand weniger profitorientierter
Großkonzerne und Nachrichtenagenturen eine Meinungsvielfalt erschwert bis verunmöglicht,
muss diese gesetzlich verhindert werden.

2

Bildung, Forschung und Wissenschaft, Kunst, Kultur und öffentlicher Sport

Bildung, Forschung und Wissenschaft dürfen weder von wirtschaftlichen, macht- oder kir-
chenpolitischen Interessen bestimmt noch obrigkeitstaatlich dominiert werden. Bildung ist
ein grundlegendes Menschenrecht, das auch in gesellschaftlichen Krisensituationen ein hohes
Gut bleiben muss.

Der Präsenzunterricht bietet Raum für soziales Lernen, soziales Miteinander und einen adä-
quaten Bildungsaustausch zwischen Lernenden und Lehrenden. Nicht zuletzt die Erfahrungen

aus den Jahren der „Coronapandemie“ haben gezeigt, dass weder ein Online- noch ein Hybridunterricht dies leisten und somit den Präsenzunterricht ersetzen kann. Zudem verstärkt ein onlinegestütztes Lernangebot die soziale Spaltung und Bildungsungleichheit auf nicht akzeptable Weise und führt zu erheblichen psychosozialen Verwerfungen. Digitaltechnik eignet sich ausschließlich und durchaus erfolgreich als Ergänzung des analogen Unterrichts. Zu berücksichtigen sind bei diesen Überlegungen jedoch auch immer entwicklungspsychologische Gesichtspunkte; so ist zum Beispiel ein computergestützter Unterricht im Grundschulalter kompromisslos abzulehnen.

Unser Ziel ist ein vielfältiges, freies und soziales Bildungs- und Schulwesen, das öffentlich finanziert wird und sich selbst verwaltet. Es ermöglicht ein selbstbestimmtes und altersgemäßes Lernen und berücksichtigt die individuellen Stärken und Schwächen aller Schüler. Diese sollen gemäß ihrer Fähigkeiten gefördert und gefordert werden, was Minder- ebenso wie Hochbegabungen einschließt. Soziale Ungerechtigkeiten müssen ausgeglichen werden; dies kann beispielsweise durch eine Verringerung der Klassenstärke und/oder eine Erhöhung der Personalstärke erfolgen. Schulmaterialien sollen über die Schulen direkt frei zugänglich sein.

Dabei gilt es, Kreativität sowie kritisches und freies Denken als Grundlage für gesellschaftliche Prozesse zu stärken und dies in den entsprechenden Schulfächern abzubilden. Idealerweise ist ein Lernen ohne Konkurrenz- und Zensuredruck zu ermöglichen.

Ein vielfältiges und freies Hochschulwesen, das öffentlich finanziert wird, sich selbst verwaltet und selbstbestimmtes Lernen ermöglicht, ist unser Ziel für die Studierenden. Die staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen muss wieder gestärkt werden – ohne Einmischung der Wirtschaft und des Staates in die Inhalte der Lehre und Forschung. Wissenschaft kann sich, wie unser Grundgesetz es fordert, nur in Freiheit und im kontroversen Diskurs entfalten. Des Weiteren setzen wir uns für eine Stärkung der Geisteswissenschaften ein, um eine erneute Ausgewogenheit zu den Naturwissenschaften zu erlangen.

Kunst, Kultur und Sport befriedigen geistige und soziale Grundbedürfnisse des Menschen. Wir setzen uns für eine umfassende staatliche Finanzierung des künstlerischen und kulturellen Betriebes, frei von jeder Einflussnahme, sowie für die Förderung des Breitensports in Deutschland ein, um ihn unabhängig zu machen von wirtschaftlichen Interessen.

3

Demokratie, Gewaltenteilung und Justiz

Um eine Gesellschaftsveränderung von der Basis her zu ermöglichen, schaffen wir die technischen Möglichkeiten dafür, dass jeder Bremer und jede Bremerin bei allen Gesetzesvorhaben im Lande mitbestimmen kann. Jedes anstehende Gesetz werden wir öffentlich machen, Informationen zur Verfügung stellen und einen Diskurs darüber anregen, um dann als Abgeordnete der Partei die Basis das Votum aller teilnehmenden Menschen in die Bürgerschaft zu bringen.

Als dringend notwendig begreifen wir auch eine Veränderung folgender landesverfassungsrechtlicher Aspekte:

Die Gewaltenteilung gehört zu den wichtigsten Prinzipien der Demokratie. Die legislative (gesetzgebende), die exekutive (vollziehende) und die judikative (rechtsprechende) Gewalt sind deutlich zu trennen und entsprechende Maßnahmen auch im Land Bremen zu ergreifen. Dies ist gerade deshalb zu betonen, weil die Schwächung oder teilweise Außerkraftsetzung der Legislative mithilfe einer ausufernden Flut von Coronaverordnungen im Land Bremen ab März 2020 die Regel wurde.

Die Unabhängigkeit der Justiz, also der Judikative, muss ebenfalls gewährleistet und gestärkt werden. Zielführend ist hier anstelle von wohlfeilen Appellen vielmehr die Abschaffung der Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften sowie die Befreiung von Einflussnahme durch die Exekutive, vor allem bei der Auswahl und Beförderung von Richtern und Staatsanwälten.

4

Wirtschaft, Arbeit und Handel, Geld- und Finanzsystem, Steuern und Infrastruktur

Wirtschaft dient den Menschen, nicht umgekehrt. Sie darf weder die Menschen noch die natürlichen Lebensgrundlagen ausbeuten bzw. zerstören und sollte Zusammenarbeit und Solidarität fördern. Da eine Wirtschaft nur dann zukunftsfähig ist, wenn sie zugleich sozial und ökologisch ausgerichtet ist, müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dementsprechend demokratisch bestimmt werden. Ein Modell dafür wäre z. B. die Gemeinwohl-Ökono-

mie. Dazu zählt auch, dass die Geldschöpfung in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird. Die Partei dieBasis setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein; insbesondere Behörden, öffentliche Unternehmen und Einrichtungen müssen die Barzahlung ermöglichen. Weiter soll ein Fokus auf eine regionale Wirtschaft gelegt werden, um die Wertschöpfung in der Region zu belassen. Das kann u. a. durch eine starke Berücksichtigung von Handwerksbetrieben und Unternehmen mit Beschäftigten im Land Bremen bei Vergaben erreicht werden.

Die Bremer Landesregierung muss sich im Land selbst, aber auch bundesweit, z. B. im Bundesrat, für ein gerechtes und nachvollziehbares Steuersystem einsetzen, insbesondere auch für die wirksame Besteuerung in Deutschland und Bremen tätiger Konzerne und Kapitalinvestoren. Unser Ziel muss ein solidarisches und ökologisches Wirtschaften sowie ein fairer Handel sein. Dabei muss die haushälterische Handlungsfähigkeit des Landes Bremen gestärkt werden.

Die bremische öffentliche Infrastruktur, die Energieversorgung und die Verkehrsmittel müssen dem Gemeinwohl dienen und somit in der Zuständigkeit des Landes bzw. der Stadt bleiben oder dahin zurückgeführt werden. Die öffentliche Infrastruktur darf nicht privatwirtschaftlichen Interessen und dem „Shareholder-value“ von Großkonzernen untergeordnet werden.

Auch Wasserversorgung sowie Abwasser- und Müllentsorgung müssen in der öffentlichen Hand bleiben oder dahin zurückgeführt werden. Städtischer Grundbesitz ist, wie Wasser und Luft, ein öffentliches Gut, seine Nutzung ist im Gemeinwohlinteresse zu gestalten, und er darf nicht verkauft und Renditeinteressen ausgeliefert werden. Das Mittel dazu ist eine aktive kommunale Bodenbevorratung und die Vergabe kommunalen Bodens nur über langfristige Pachtverträge. Das sieht auch der Artikel 45 Abs. 4 der Bremischen Landesverfassung vor: *„Grundbesitz ist der Spekulation zu entziehen. Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“* Die Bodenrenten sollten abgeschöpft und für die Finanzierung der Infrastruktur verwendet werden.

Bereiche der elementaren Daseinsvorsorge der Bremer Bürger, wie z. B. das Wohnungswesen, sollten in einem Mix aus unterschiedlichen, der Allgemeinheit dienenden, demokratisch kontrollierten Unternehmensformen organisiert werden. Hier gibt der Artikel 14, Abs.1 unserer Landesverfassung eine klare Orientierung in Richtung bezahlbarer Wohnungen: *„Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.“*

5

Landwirtschaft, Ökologie, Tier- und Naturschutz

Die Menschheit als Teil der Natur hat ein elementares Interesse an der Erhaltung und Pflege unserer gemeinsamen Lebensgrundlage. Dazu zählt die verantwortungsvolle, umsichtige Erhaltung der Biodiversität. Wir sehen den Umwelt- und Tierschutz sowie die Umstellung der Landwirtschaft auf ökologischen Landbau als festen Bestandteil unseres respektvollen Umgangs mit der Natur – nicht zuletzt wegen der enormen Folgekosten, die die konventionelle Landwirtschaft der Gesellschaft aufbürdet, die aber nicht in die Preisgestaltung mit einfließen (gesundheitliche Schäden sowie Überforderung der Kläranlagen durch Pestizide, Verunreinigung des Trinkwassers mit Antibiotika und Nitrit, Antibiotikaresistenz der Krankheitserreger und so weiter).

Der Boden muss unsere Ernährungssicherheit mit gesunden Lebensmitteln gewährleisten und darf nicht global agierenden Agrokonzernen ausgeliefert werden.

Wir fördern in allen Lebens- und Politikbereichen die Achtung vor unserer natürlichen Lebensgrundlage. Wir setzen uns für ein harmonisches Miteinander von Mensch und Natur ein. Ressourcengewinnung muss schonend gestaltet werden. In diesem Sinne setzen wir uns für die sozial- und umweltverträgliche Gestaltung der Produktion, der Wirtschaft, des Handels und des Verkehrs ein.

6

Sozialer Bereich, Gesundheit und Sorgetätigkeit

Ein einfacher, existenzsichernder und gerechter Zugang Aller zum gesellschaftlich produzierten Reichtum muss gewährleistet werden. „*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat*“ (GG Art. 20, Abs. 1). Alle Menschen haben ein Recht auf die Entfaltung ihrer Fähigkeiten und ein menschenwürdiges Leben in freier Selbstbestimmung.

Die nicht-entlohnte Sorgetätigkeit – die sogenannte Care-Arbeit – in unseren Lebenszusammenhängen, für unsere Regeneration und das Wohlergehen unserer Kinder und Angehörigen,

ist eine unerlässliche, aber bisher gesellschaftlich wenig respektierte und wertgeschätzte Voraussetzung unseres Gemeinschaftslebens. Ziel ist eine vollumfängliche und gerechte Gewährleistung und Anerkennung dieser Sorgetätigkeiten.

Das Land Bremen muss die bestmögliche Infrastruktur für Gesundheit, für eine menschenwürdige Pflege und die Begleitung jüngerer sowie älterer Generationen bereitstellen. Deren Rechte und Selbstbestimmungsmöglichkeiten sind dabei zu achten. All dies muss demokratisch gestaltet werden, kann nur mit umfassender öffentlicher Grundfinanzierung funktionieren und darf nicht renditeorientierten Interessen untergeordnet oder ausgeliefert werden.

Das bremische Gesundheitswesen muss in erster Linie der Förderung der Gesundheit der Bevölkerung und der Krankheitsprävention dienen. Bei der Behandlung von Krankheiten treten wir für die Vielfalt medizinischer und therapeutischer Ansätze und Methoden ein und fördern regionale, lokale und demokratisch selbstverwaltete Gesundheitszentren. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf Heilmethoden ihrer Wahl. Das Wohl und die Genesung erkrankter Menschen muss sozialversicherungsrechtlich abgesichert sein.

Kinder und Eltern sollen frei und ohne Druck wählen können, für welchen Gesundheitsschutz sie sich entscheiden. Wir setzen auf Eigenverantwortung der Bürger statt auf Bedrängung seitens der Politik. Es muss transparent informiert werden – auch über die Nachteile und Nebenwirkungen von Impfungen. Die „Impf“stoffe gegen Corona (mRNA oder Vektor) sind absolut neuartig, beruhen auf Gentechnik, wurden nicht in bisher bewährter -Weise geprüft, und ihre Langzeitfolgen sind völlig unbekannt. Die Nebenwirkungen der mRNA-Injektionen müssen in einem offenen Diskurs wissenschaftlich und evidenzbasiert untersucht werden. Daher gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit in ganz besonderer Weise. Impfpflichten jeglicher Art sind verfassungswidrig und müssen ausgeschlossen bleiben.

Exekutive Einsätze der Bundeswehr im Inneren, die mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben verbunden sind – z. B. Kontaktnachverfolgung sogenannter „Infizierter“ oder Impfkampagnen mithilfe von Truppenteilen der Bundeswehr, wie sie das Bremer Gesundheitsressort betrieben hat –, sind künftig auszuschließen; dies gilt, wie im Grundgesetz gefordert, insbesondere für Aufgaben des Inneren, die Zwangs- und Eingriffsmaßnahmen beinhalten. Die Ressourcen hierfür sollten stattdessen in zivilen Katastrophenschutz fließen.

Die Stärkung der kommunalen und bezugsnahen Selbstverwaltung, die Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der Stadtteilbeiräte in Bremen und die ausreichende Refinanzierung (also die haushälterische Stärkung) ihrer Projekte schafft Raum und Mittel für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort: in den Stadtteilen, Ortsteilen und Quartieren.

Bewohnerversammlungen als lokale, direktdemokratische Beschlussorgane sind zu stärken. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen mitentscheiden können über alle sie betreffenden Angelegenheiten. Dazu gehören beispielsweise soziale Angebote vor Ort wie Häuser der Familie, Beratungsstellen, Bürger- und Jugendzentren, Kinderspielplätze, Parks und Erholungsorte und so weiter.

7

Europäische und Internationale Politik und Frieden

Die Partei dieBasis setzt sich kompromisslos für den Frieden und gegen Rüstungsexporte ein. Waffen dienen der Tötung von Menschen und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Das Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete ist nicht weitreichend genug, da Waffen über Umwege stets auch in Krisengebiete gelangen. Angesichts der vielen in Bremen angesiedelten Rüstungs(export)konzerne mit tausenden von Arbeitsplätzen muss sich die bremische Wirtschafts- und Forschungsförderung dafür einsetzen, dass das Know-how der dort Beschäftigten für die Herstellung sinnvoller, nachhaltiger und ökologischer Produkte eingesetzt wird. Die deshalb in den 1990er-Jahren in Bremen begonnene Konversionsförderung muss wieder aufgegriffen und ausgebaut werden. Weiter fordern wir die Unterbindung des Missbrauchs der bremischen Häfen und unserer Verkehrsinfrastruktur als Umschlagsort für fremde Truppen und ihre Waffensysteme.

Das Land Bremen muss sich stärker für föderative Strukturen in Europa einsetzen. Wir brauchen die Förderung echter europäischer Zusammenarbeit in einer Konföderation, die die Souveränität aller Länder in Europa und deren Sicherheitsinteressen achtet und damit dem Frieden dient.

Im Gegensatz dazu ist die über den Willen der Völker hinweg installierte EU mit ihren verschiedenen Institutionen zutiefst undemokratisch und maßt sich an, immer größere Teile unserer Souveränität in von uns nicht demokratisch kontrollierbare EU-Behörden zu verlagern. Das ebenfalls über den Willen der Völker hinweg installierte Euro-System stiftet zunehmend Unfrieden und Spaltung. Die von dort ausgehende „Geldschöpfung aus dem Nichts“ durch die EZB in Billionenhöhe erhöht die Risiken eines finanziellen Kollapses.

Im Rahmen seiner Möglichkeiten sollte sich das Land Bremen im Bundesrat und anderen bundesweiten und internationalen Institutionen für folgende Leitprinzipien einer internationalen Frieden fördernden Politik einsetzen:

- Weg von der einseitigen Blockbindung, hin zu multilateraler Kooperation
- Achtung der Souveränität und der Selbstbestimmung aller Länder der Welt
- Achtung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Eigenständigkeit aller Regionen
- Rückführung der Bundeswehr ist auf eine reine Verteidigungsarmee zur Landesverteidigung, wie im Geiste des Grundgesetzes vorgesehen
- Einsatz für Völkerverständigung, Menschenrechte und friedliche Kooperation
- Faire, auf gegenseitigem Nutzen basierende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt.

Das Land Bremen sollte sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Einhaltung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen formuliert ist, einsetzen.

Schlusswort

Die Partei dieBasis vereint Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses. Totalitäre, diktatorische, gewalttätige sowie undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnen wir entschieden ab.

Im Zentrum unserer Arbeit steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen als körperlich-seelisch-geistiges und soziales Wesen, das in seine natürliche Umwelt eingebunden ist. Wir setzen uns dafür ein, dass das Leben der Einzelnen in größtmöglicher Freiheit, sozialer Sicherheit und Eigenverantwortung in einer Gesellschaft gleichberechtigter Individuen und in gegenseitiger Verantwortlichkeit und Solidarität möglich ist.

 **dieBasis**

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Bremen

Postfach 15 03 04, 28093 Bremen

E-Mail: post@dieBasis-hb.de

www.dieBasis-hb.de

 /diebasispartei



